

Die offene Wunde der Bundeshauptstadt

Von der nationalsozialistischen Terrorzentrale zum Lernort

„Diese Stätte ist eine Notwendigkeit in der Bundeshauptstadt Berlin. Wir brauchen diese offene Wunde in Berlin, sie muss schmerzen, gefragt ist nicht die Salbe, die nur die Symptome kuriert. Diese Wunde muss schmerzen, damit das beste Monument, das man für die Opfer schaffen kann, eine Gesellschaft ohne Antisemitismus, ohne Rassismus, die von Toleranz und Humanität geprägt ist, nicht gefährdet wird.“ So die Worte von Bundesbauminister Klaus Töpfer anlässlich der feierlichen Enthüllung des Bauschildes für den Neubau der „Stiftung Topographie des Terrors“ am 8. Mai 1995 im Plenarsaal des Berliner Abgeordnetenhauses.

Gestapo (Geheime Staatspolizei), SS (Schutzstaffel) und Reichssicherheitshauptamt hatten in den Gebäuden Prinz-Albrecht-Straße 8 und in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft in der NS-Zeit ihre Zentralen. Nach 1945 waren die Reste der zerstörten Häuser abgeräumt worden, jeder Hinweis auf die traurige Geschichte dieses Viertels schien ausgelöscht zu sein, denn bis Mitte der achtziger Jahre bestimmten ein Bauschutt-Recyclingunternehmen und ein Autodrom, auf dem Fahren ohne Führerschein möglich war, das Stadtbild dieses Quartiers.

Verschiedene Berliner Initiativen nahmen schließlich die Informationen, die über das Gelände im Zusammenhang mit dem seit Ende der siebziger Jahre

betriebenen Wiederaufbau des kriegszerstörten Martin-Gropius-Baus aufkamen, zum Anlass, die verborgene Geschichte des „Prinz-Albrecht-Geländes“ dauerhaft sichtbar zu machen. Während der Preußenausstellung 1981 wurde erstmals in größerem Maß auf die Geschichte des Ortes hingewiesen.¹ Im Rahmen der Erschließung der südlichen Friedrichstadt durch die Internationale Bauausstellung (IBA) wurde 1983 ein Wettbewerb mit dem doppelten Ziel ausgelobt, auf die „geschichtliche Tiefe des Ortes“ einzugehen sowie auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände einen Stadtpark einzurichten. Bei der Ausschreibung des Wettbewerbs ging man noch davon aus, dass ein „Museum für Deutsche Geschichte“ im benachbarten Martin-Gropius-Bau untergebracht werden würde. In der Aufgabenstellung des Wettbewerbs hieß es unter anderem:

„Dem Ort soll seine eigene Geschichte zurückgegeben werden und die Stadt soll ihn zugleich wieder in ihr Leben, also auch ihren Alltag einbeziehen können.

So wird das Gelände östlich des ehemaligen Kunstgewerbemuseums (Martin-Gropius-Bau) auch ein Ort der Erholung für die Bewohner der näheren Umgebung sein. Das mit Grün unterversorgte Kreuzberg soll an dieser Stelle einen Stadtteilpark erhalten. [...]. In der Neugestaltung muss auch die ideelle Bedeutung sichtbar werden, die diesem Gelände als eine Stätte der Erinnerung, des Nachdenkens, des Erschreckens und des Gedenkens zukommt. Die Neugestaltung dieses Ortes soll das Vergessen unterbrechen und ihn im Bewusstsein der Bewohner und Besucher der Stadt zum festen Bestandteil des Berliner Stadtgefüges machen.“²

194 Wettbewerbsarbeiten wurden der Jury vorgelegt. Trotz kontroverser Diskussion vergab die Jury Preise. Gewinner wurden Professor Jürgen Wenzel und Nikolaus Lang (Berlin). Der Entwurf sah vor, dass große gegossene Stahlplatten, auf denen NS-Dokumente faksimiliert eingeprägt sein sollten, das gesamte Gelände versiegeln. Gleichzeitig sollte eine in einem strengen geometrischen Raster zwischen den Dokumenten ausgebreitete Baumreihung das Gelände mit den Baumkronen überdachen.

- 1 Andreas Bekiers/Karl Robert Schütze, *Zwischen Leipziger Platz und Wilhelmstraße. Das ehemalige Kunstgewerbemuseum zu Berlin und die bauliche Entwicklung seiner Umgebung von den Anfängen bis heute*, Berlin 1981.
- 2 Dokumentation, *Offener Wettbewerb Berlin, Südliche Friedrichstadt, Gestaltung des Geländes des ehemaligen „Prinz-Albrecht-Palais“*, Berlin 1985.

Eine breite öffentliche Diskussion des Wettbewerbsergebnisses verwarf eine künstlerische Überformung des Geländes. Im Dezember 1984 beschloss der Berliner Senat, das Wettbewerbsergebnis nicht zu realisieren. Diesem Senatsbeschluss folgte eine erneute Diskussionsphase, an deren Ende 1987 die provisorische Gestaltung des Geländes durch die für die 750-Jahr-Feier der Stadt verantwortliche Berliner Festspiele GmbH im Auftrag des Kultursenators stand. Das Besondere im Vorfeld der Realisierung des Provisoriums war das große Engagement von Bürgern und Initiativen. Sie waren es, die am 8. Mai 1985 unter dem Motto „Es darf kein Gras darüber wachsen“ zu einer Grabungsaktion aufrufen, um auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände eine „Denk-Stätte“ zu schaffen. Die Grabungsaktion führte dazu, dass tatsächlich in dem angeblich in den fünfziger Jahren „tiefenttrümmerten“ Gelände noch Spuren der Nazi-Terrorzentralen entdeckt wurden. Daraus ergab sich die Forderung nach systematischen archäologischen Grabungen, die 1986 im Auftrag des Kultursenators erfolgten.

Zu gleicher Zeit liefen die Vorbereitungen für die „Berlin-Ausstellung“, der zentralen historischen Ausstellung zur 750-Jahr-Feier im Westteil der damals noch geteilten Stadt, die unter der wissenschaftlichen Leitung von Reinhard Rürup und Gottfried Korff die Geschichte der Stadt thematisieren sollte. Die Berliner Festspiele GmbH und der für Geschichte zuständige wissenschaftliche Leiter, Reinhard Rürup, waren außerdem beauftragt, ein Konzept für die Dokumentation der Geschichte des „Prinz-Albrecht-Geländes“ zu entwickeln. Zeitgleich fand mit großer öffentlicher Anteilnahme im Februar 1986 ein Hearing in der Akademie der Künste statt, das um grundsätzliche Möglichkeiten des Umgangs mit diesem Gelände rang. So wurde die Frage gestellt, wessen an diesem „Ort der Täter“ zu gedenken sei und wie dies zu geschehen habe. Bürgerinitiativen bildeten sich, wie die „Initiative zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände“, Menschenrechtsorganisationen und Betroffenenverbände engagierten sich genauso wie Einzelpersonlichkeiten.

Aus dem öffentlichen Diskussionsprozess kristallisierte sich schließlich heraus, dass unter Einbeziehung der materiellen Grabungsfunde das Gelände durch eine dokumentarische Ausstellung inhaltlich erschlossen werden sollte. Die Ausstellung sollte in einem provisorischen Ausstellungspavillon auf dem Gelände platziert werden. Mit den inhaltlichen Vorarbeiten wurde im Sommer 1986 begonnen. Bei den Fundamentarbeiten für das Gebäude wurden die dann

für die Anschaulichkeit der Ausstellung markanten Keller gefunden und in die Präsentation miteinbezogen. Es handelte sich um die Reste eines in den vierziger Jahren von Häftlingen des KZ-Sachsenhausen als Behelfsbau errichteten zusätzlichen Kantinen- und Küchengebäudes der SS.

Am 4. Juli 1987 wurde die Ausstellung und das durch Informationstafeln historisch erschlossene Gelände als Lernort eröffnet. Bernhard Horstmann, ehemaliger Häftling des Gestapo-„Hausgefängnisses“, erinnerte sich anlässlich der Ausstellungseröffnung an seine Inhaftierung 1945 in der Prinz-Albrecht-Straße:

„So waren diese Gebäude in den letzten Monaten und Wochen des Dritten Reiches zwar nicht der Ort der Ausübung des physischen Terrors, aber sie waren der Ort der Angst. Nicht körperlich betrieben wurde der Schrecken hier, sondern ersonnen, systematisiert, verwaltet, organisiert und schließlich routinemäßig abgehakt. Es ist kaum zu glauben, aber hier wurde einmal die Woche rasiert, gebadet, Nagelpflege gestattet, es gab Lese-, Rauch- und Schreib-erlaubnis, und all dies wurde peinlich genau beachtet. Nichts kennzeichnet den pervertierten, menschenverachtenden Ungeist dieses Ortes mehr als diese teuflische, und doch so sehr deutsche Ordnung – sogar in der Vernichtung.

So spricht aus diesen Überresten, deren Erhaltung die eine Aufgabe der historischen Kultur ist, eine Mahnung: Das Schlimmste, was einem Land widerfahren kann, ist die zwangsläufige Koinzidenz von menschlicher Macht und menschlicher Willkür. Möge es dieser Ausstellung vergönnt sein, die Erinnerung daran und die Wachsamkeit vor ihr stets lebendig zu erhalten. Der Rechtsstaat ist alles!“³

Schnell entwickelte sich die auf einem Schandfleck Berlins errichtete Ausstellung „Topographie des Terrors“ zu einer über Berlin hinaus beachteten Präsentation der 750-Jahr-Feier der Stadt. Schließlich reagierte der Berliner Senat auf das große Interesse und Medienecho. Die ursprünglich bis 22. November 1987 geplante Präsentation schloss nicht zusammen mit der Berlin-Ausstellung im Martin-Gropius-Bau ihre Pforten, sondern wurde unbefristet verlängert.

Ende 1988 hatte sich der Diskussionsprozess so weit fortgesetzt, dass das Archäologische Landesamt die ausgegrabenen Zellenböden des ehe-

3 Bernhard Horstmann, Eine teuflisch-deutsche Ordnung, in: 38. Berliner Festwochen, 88. Magazin, Berlin 1988, S. 118 f.

maligen Gestapo-„Hausgefängnisses“ als „unbewegliches Bodendenkmal“ unter Schutz stellte.

Damit ergab sich eine Hierarchie der ausgegrabenen Spuren, denn neben den Zellenböden waren auf dem Gelände Teile der Außenmauern der Gebäude Prinz-Albrecht-Straße 8, des barocken Prinz-Albrecht-Palais sowie die in die Ausstellung einbezogenen sogenannten Küchenkeller ausgegraben und mit den historischen Sachverhalt umreißenden Hinweistafeln erläutert. Auch befanden sich zwei Schuttberge auf dem Gelände, ebenso die Spuren eines im Robinienwäldchen betriebenen Autodroms, das angeblich eine Fahrbahnstrecke von 4000 m hatte.

Dann hatte sich die Diskussion teilweise verlagert. Die Journalistin Lea Rosh forderte, auf dem Gelände ein Memorial-Monument zu errichten, das die Millionen ermordeter jüdischer Menschen einzeln beim Namen nennt. Dem setzten andere entgegen, hier sei der Ort, wo die „Perversion der Staatsmacht zu den Organisatoren des Völkermords stattgefunden habe, hier gelte es, die Täter dingfest zu machen“. Hier sollte der Versuch unternommen werden, darzustellen, wie es die NSDAP geschafft habe, „aus vormaligen integren Institutionen eines demokratischen Gemeinwesens die Agenturen der Menschenjagd, des Pogroms, der Massen-Internierung und des millionenfachen Mordes zu machen“.⁴

Im Februar 1989 veröffentlichte die „Akademie der Künste Berlin“ ein umfangreiches Gutachten „Zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände“. Im Vorwort hieß es: „Der Ort ist jetzt präsent. Nun stellt sich die Frage, wie die nächsten Schritte aussehen, um ihn konkret und differenziert zu definieren, daß er zum Denk-Ort entwickelt werden kann, geeignet, die Vergangenheit wirklich zu begreifen, um sie für die Zukunft zu überwinden.“⁵

Das Berliner Abgeordnetenhaus beschäftigte sich ausführlich und oftmals in seinem „Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten“ mit der zukünftigen Gestaltung des „Prinz-Albrecht-Geländes“. Wolfgang Scheffler, einer der wissenschaftlichen Berater der Ausstellung und der Begleitpublikation, unterschied im Abgeordnetenhaus zwischen zwei Formen der möglichen zukünftigen Nutzung: einer zeremoniösen Gedenkstätte oder einem Ort für die

4 Peter Jochen Winters, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. 9. 1987.

5 Zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände. Gutachten im Auftrag der Akademie der Künste Berlin, mit Beiträgen von Stefanie Endlich, Leonie Baumann und Robert Frank, Dezember 1988, Berlin 1989.

dokumentarische Überlieferung im Zusammenhang mit anderen West-Berliner Schauplätzen, die vom Terror und Widerstand Zeugnis ablegten.

Schließlich berief der Kultursenator eine achtköpfige Fachkommission, um ein umfängliches Gutachten zum weiteren Umgang mit dem Gestapo-Gelände zu erarbeiten. Das in seinen Grundzügen Ende 1989 fertiggestellte Memorandum wurde schließlich in den Wochen nach dem Fall der Mauer überarbeitet, um der veränderten Lage des Geländes in der wiedervereinten Stadt gerecht zu werden. Schließlich wurde im März 1990 das Gutachten vorgelegt, das unter anderem folgende Forderungen für die künftige Gestaltung und den weiteren Umgang des Geländes festlegte:

- Errichtung eines Besucher- und Informationszentrums zur Geschichte der NS-Terrorzentralen, das neben einer Dauerausstellung zur Geschichte und Gegenwart des Geländes eine Benutzerbibliothek und ein Benutzerarchiv enthält.
- Errichtung von Vortrags-, Konferenz- und Arbeitsräumen.
- Errichtung eines Begegnungszentrums.

Diese Ergebnisse wurden nicht nur mit den politischen Entscheidungsträgern im Berliner Abgeordnetenhaus öffentlich diskutiert, sondern auch in zwei Anhörungen mit Experten und Betroffenenorganisationen erörtert. Von den zahlreichen Stellungnahmen, die sich im Tenor alle für das von der Fachkommission vorgelegte Gutachten aussprachen, seien hier nur zwei Stimmen zitiert.

Zentralrat der Juden in Deutschland: „Natürlich müssen umfangreiche Informationen auf diesem Gelände eingeplant werden für den Bürger, insbesondere für den jungen Menschen, der kaum Kenntnis hat von dem, was auf diesem Gelände einst vor sich gegangen ist. [...] Natürlich soll und muß es sich um eine offizielle Gedenkstätte handeln. [...] Ich bezeichne das als eine Schande, eine ausgesprochene Schande, daß hier so viele Jahre vergehen mußten, wo Spuren verwischt und Dinge zerstört wurden.“⁶

6 Heinz Galinski, Die Zukunft des Berliner „Prinz-Albrecht-Geländes“ („Gestapo-Geländes“). Zum Abschlußbericht der „Fachkommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für die künftige Nutzung des „Prinz-Albrecht-Geländes“ („Gestapo-Geländes“). Gespräche und Abstimmungen mit Vertretern von Organisationen und Initiativen sowie Gedenkstättenleitern und Experten aus dem In- und Ausland. Vorgelegt von Stefanie Endlich im Auftrag der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten und der Berliner Festspiele GmbH für die „Topographie des Terrors“, Berlin 1990.

Zentralrat der Sinti und Roma: „Wir brauchen ein Zentrum, das die Völkermordverbrechen der Nazis aufarbeitet und darüber hinaus jede Form von Genozid und Ethnozid.“⁷

Zwischenzeitlich hatte die „Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten“ aus dem Fachkommissionsbericht und den Anregungen der öffentlichen Diskussionen eine Senatsvorlage erarbeitet, die am 13. Februar 1992 vom Senat beschlossen und dem Abgeordnetenhaus zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde. Neben den bereits dargelegten inhaltlichen Grundzügen wurde hier festgelegt, dass die „Topographie des Terrors“ eine Stiftung öffentlichen Rechts werden sollte, an der neben dem Land Berlin die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein sollte. Ebenfalls beschlossen wurde die Errichtung eines Dokumentations- und Besucherzentrums, für das ein Realisierungswettbewerb ausgelobt werden sollte. Nur wenig später begannen die Vorarbeiten für die Ausschreibung des Bauwettbewerbs.

Der damalige Kultursenator Ulrich Roloff-Momin setzte in den Jahren 1991 bis 1995 die Empfehlungen der Fachkommission um, wandelte das Projekt der Berliner Festspiele in eine selbstständige Stiftung um, berief einen internationalen Beirat, an dessen Spitze bis zu seinem Tod Ignatz Bubis, der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, stand, sicherte die Finanzierung der Stiftung durch Beitritt des Bundes und veranlasste einen internationalen Realisierungswettbewerb für den zu errichtenden Neubau eines Dokumentationszentrums, das nicht nur die Ausstellung enthalten sollte, sondern auch eine Bibliothek, ein Benutzerarchiv, einen Veranstaltungssaal sowie andere zur aktiven Auseinandersetzung mit dem Naziterror geeignete Foren. Das Wettbewerbsergebnis für den Neubau der „Topographie des Terrors“ wurde im März 1993 im Tagesspiegel kommentiert:

„Eine Zäsur des Geländes.

Die Aufgabe war eigentlich nicht zu lösen: Eine Ausstellungshalle, ein Besucher- und Dokumentationszentrum und später noch ein Begegnungszentrum – insgesamt über 5400 Quadratmeter – wünschte die Stiftung ‚Topographie des Terrors‘ auf dem Gestapo/Prinz-Albrecht-Gelände unterzubringen, ohne den Charakter des Gedenkparks zu verändern. [...] Preisrichter Dieter Hoffmann-Axthelm hatte einen ‚undekorierten Schuppen‘

7 Ebenda.

gefordert, eine Architektur, die sich nicht selbst inszeniert auf Kosten des leeren Raums, der für sich spräche und den es unbedingt zu erhalten gelte. Er bekam ihn vom Schweizer Architekten Peter Zumthor aus Haldenstein. Dessen nach kontroverser Diskussion mit dem ersten Rang ausgezeichneten Entwurf sieht eine abstrakte Gebäudehülle, eine ‚reine Struktur‘ vor, die aus einem Betonbalken-Tragwerk besteht. Industrieglas soll die Zwischenräume füllen und den Dialog zwischen den Gebäudenutzern und dem Gelände fördern. In einem Großraum im Erdgeschoß sollen temporäre Ausstellungen und die zentrale Dokumentation ‚Topographie des Terrors‘, die zur Zeit an gleicher Stelle in einem Provisorium untergebracht ist, gezeigt werden. Die Versammlungs-, Archiv- und Arbeitsräume des Besucher- und Dokumentationszentrums sind in geschlossenen Raumbehältern in den beiden Obergeschossen vorgesehen.“⁸

Als am 8. Mai 1995 das Bauschild enthüllt wurde, sagte Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, bei einem Festakt im Plenarsaal des Berliner Abgeordnetenhauses unter anderem:

„Wenn manche im Ausland überheblich meinen, das alles hat nur in Deutschland passieren können, so muß man sich vergegenwärtigen, daß sich doch 1930 oder selbst 1933 niemand hat vorstellen können, daß im Land der Dichter und Denker so etwas möglich ist, und deshalb will ich auch vor dieser Überheblichkeit warnen [...]. Wir wissen aus der geschichtlichen Erfahrung vieler Jahrhunderte, daß die Menschheit tatsächlich nur sehr schwer lernt und sehr schnell wieder vergißt. Und damit man die Möglichkeit des Lernens hat und damit diese Geschichte nicht in Vergessenheit gerät, ist die Schaffung dieser Stätte hier notwendig [...] und deshalb bin ich dankbar, daß auch die Bundesregierung bereit ist, diese Stiftung mit zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß hier eine Möglichkeit geschaffen wird, aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen.“

Keiner konnte wissen, dass neun Jahre der Agonie folgen würden. Am 11. April 2005 lobte der Bund einen neuen internationalen Bauwettbewerb aus. Das Ergebnis stand Ende Januar 2006 fest und wurde in den Jahren

8 Oliver G. Hamm, in: Der Tagesspiegel, 26. 3. 1993.



Dauerausstellung der Stiftung Topographie des Terrors

© Hans D. Beyer, Stiftung Topographie des Terrors

danach umgesetzt. Die „Stiftung Topographie des Terrors“ arbeitet seit dem 4. Juli 1987 mit provisorischen Ausstellungen auf dem Gelände. Sie hat jährlich etwa 350 000 Besucher. Seit 1995 zeigte die Stiftung eine Reihe von Sonderausstellungen und Dokumentationen, die in Berlin und andernorts als Wanderausstellungen gezeigt wurden und werden: Berlin 1945; Die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933; Jüdische Geschichte in Berlin; 1936 – Olympische Spiele und Nationalsozialismus; Vor aller Augen: Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz; Der Volksgerichtshof – Hitlers politisches Tribunal.

Darüber hinaus wurde eine Fachbibliothek mit ca. 20 000 Büchern aufgebaut sowie eine Datenbank eingerichtet, die mehrere tausend Blatt der wichtigsten einschlägigen Dokumente erschließt. Abschließend möchte ich Norbert Lammert zitieren, damaliger Kulturpolitischer Sprecher der CDU/CSU Fraktion, der 2001 die Bedeutung der „Topographie des Terrors“ unterstrich:

„Was auf diesem Gelände geschehen ist, das 1933 von der Gestapo und 1939 vom Reichssicherheitshauptamt bezogen wurde, ist nicht Berliner Stadtgeschichte, sondern Nationalgeschichte. Es ist das schrecklichste Kapitel unserer Geschichte.

Das wiedervereinigte Deutschland muss in seiner Hauptstadt demonstrative Zeichen setzen, Zeichen des Erinnerns, des Gedenkens und insbesondere unserer festen Entschlossenheit, die nach dem völligen politischen und moralischen Zusammenbruch unseres Landes mühsam wieder errichtete deutsche Demokratie und das Leben und die Freiheit aller Menschen in diesem Lande, welcher Nationalität, religiösen Überzeugung auch immer, mit allen Kräften zu verteidigen“.⁹

9 Aus der Rede zum Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Jüdisches Museum, „Topographie des Terrors“, Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ am 25. Januar 2001.